

Versammlung der Fachschaften der Universität Potsdam



Anschluss an die Resolution des Studierendenparlament
“Solidarität mit den Studierendenvertretungen in
Sachsen-Anhalt”

Datum

21.05.2026

Antragstellende

FSR BCE

Antrag

Die Versammlung der Fachschaften der Universität Potsdam beschließt:

1. Die Versammlung der Fachschaften schließt sich der Resolution des Studierendenparlaments der Universität Potsdam “Solidarität mit den Studierendenvertretungen in Sachsen-Anhalt” an.
2. Das VeFa-Präsidium wird gebeten, den Beschluss der Versammlung der Fachschaften an das Studierendenparlament und den AStA weiterzugeben.

Begründung

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam hat in seinem Antrag zur Solidarität mit den Studierendenvertretungen in Sachsen-Anhalt vorgesehen, die Versammlung der Fachschaften darum zu bitten, sich der Position des Studierendenparlaments anzuschließen.

Hintergrund ist der Gesetzentwurf der AfD Sachsen-Anhalt zur Abschaffung verfasster Studierendenschaften. Dieser stellt einen Angriff auf studentische Selbstverwaltung, demokratische Mitbestimmung und die organisierte Interessenvertretung von Studierenden dar.

Auch Fachschaftsräte sind Teil der studentischen Selbstverwaltung und demokratischen Mitbestimmung an Hochschulen. Deshalb ist es wichtig, dass auch die Versammlung der Fachschaften ein solidarisches Zeichen setzt und sich der Position des Studierendenparlaments anschließt.

Studierendenparlament der Universität Potsdam

28. Wahlperiode

Solidarität mit den Studierendenvertretungen in Sachsen-Anhalt

Datum

12.05.2026

Antragsteller

Juso Hochschulgruppe

Antrag

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam beschließt:

1. Die Studierendenschaft der Universität Potsdam solidarisiert sich mit den Studierendenvertretungen in Sachsen-Anhalt und unterstützt ihren Protest gegen den Gesetzentwurf der AfD Sachsen-Anhalt zur Abschaffung verfasster Studierendenschaften sowie gegen die Angriffe der AfD auf demokratische Mitbestimmung, studentische Selbstverwaltung und kritische Hochschulen.
2. Der AStA und insbesondere das Referat für Hochschulpolitik und Wissenschaftspolitik wird beauftragt, eine E-Mail an die gesamte Studierendenschaft der Universität Potsdam zu verfassen. Diese soll über die aktuellen Angriffe auf die verfassten Studierendenschaften in Sachsen-Anhalt informieren, die Problematik einordnen und die solidarische Position der Studierendenschaft der Universität Potsdam deutlich machen.
3. Das Referat für Hochschulpolitik und Wissenschaftspolitik wird beauftragt, sich in der Brandenburgischen Studierendenvertretung dafür einzusetzen, dass auch diese sich mit den Studierendenvertretungen in Sachsen-Anhalt solidarisiert und öffentlich gegen die Angriffe auf verfasste Studierendenschaften und studentische Mitbestimmung Stellung bezieht.
4. Die Versammlung der Fachschaften wird darum gebeten, sich der Position des Studierendenparlaments anzuschließen und ebenfalls ihre Solidarität mit den Studierendenvertretungen in Sachsen-Anhalt zu erklären.

5. Der Allgemeine Studierendenausschuss wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass eine Arbeitsgruppe gegen Angriffe auf studentische Selbstverwaltung und demokratische Mitbestimmung an Hochschulen gebildet wird. Die Arbeitsgruppe soll konkrete Unterstützungs- und Gegenmaßnahmen erarbeiten, koordinieren und durchführen. Aufgrund der aktuellen politischen Bedrohung durch den Gesetzentwurf und die Vorhaben der AfD Sachsen-Anhalt soll der jetzige Schwerpunkt zunächst auf der Unterstützung der Studierendenvertretungen in Sachsen-Anhalt liegen. Die Arbeitsgruppe soll insbesondere aus Vertreter_innen des AStA, des StuPa, der VeFa, interessierten Hochschulgruppen sowie weiteren interessierten Teilen der studentischen Selbstverwaltung und Studierendenschaft der Universität Potsdam bestehen.
 6. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es, konkrete Möglichkeiten zum Schutz und zur Verteidigung studentischer Selbstverwaltung und demokratischer Mitbestimmung an Hochschulen zu erarbeiten, zu koordinieren und umzusetzen. Aufgrund der aktuellen Bedrohungslage soll der Schwerpunkt zunächst auf der Unterstützung der Studierendenvertretungen in Sachsen-Anhalt und der öffentlichen Auseinandersetzung mit den dortigen Angriffen der AfD liegen. Dazu können insbesondere gehören:
 - die Bewerbung und Unterstützung von Protesten, Kundgebungen und weiteren Aktionen,
 - die Erstellung und Verbreitung von Informationsmaterial,
 - die Koordination solidarischer öffentlicher Stellungnahmen,
 - die Vernetzung mit betroffenen Studierendenvertretungen und weiteren studentischen Strukturen,
 - die Entwicklung von Strategien gegen Angriffe auf verfasste Studierendenschaften und demokratische Hochschulstrukturen,
 - sowie Maßnahmen, um medial und hochschulöffentlich auf solche Angriffe aufmerksam zu machen.
 7. Der AStA wird damit beauftragt, dem Studierendenparlament über die Arbeit der Arbeitsgruppe und mögliche Unterstützungsmaßnahmen zu berichten und Ausarbeitungen hochschulöffentlich zur Verfügung zu stellen.
-

Begründung

Unter dem Titel "Die Universität ist keine Räterepublik" kritisiert die gesichert rechtsextreme AfD Sachsen-Anhalt in ihrem Regierungsprogramm, die vielen Hochschulgremien würden die Lehre und Forschung mit unsinniger Bürokratie und falschen, weil wissenschaftsfremden Entscheidungen belasten. Deshalb wolle man u.a. den Einfluss der Studierendenvertretungen zurückdrängen.

Mit ihrem Gesetzentwurf (Drucksache 8/6838), welcher am 14.04. eingebracht und am 22.04.26 mit großer Mehrheit der anderen Landtagsfraktionen abgelehnt wurde, wird das ganze Ausmaß deutlich: Nicht nur sollen die Studierendenschaften mit der Änderung des Hochschulgesetzes abgeschafft werden, sondern ihr Vermögen soll an die jeweiligen Hochschulen gehen, was einer Enteignung von Studierenden gleicht.

Die AfD war sich dessen bewusst, dass die anderen Landtagsfraktionen ihren Entwurf zur Änderung des Hochschulgesetzes ablehnen würden. Man wolle den Menschen zeigen, was man verändern will, um es dann im September 2026 alleine zu verändern, betonte der hochschulpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Hans-Thomas Tillschneider.

Im September 2026 findet in Sachsen-Anhalt die Landtagswahl statt. Die AfD liegt nach Umfragen mit 41% deutlich vor den anderen Parteien. Die Studierendenrätekonferenz Sachsen-Anhalt plant daher am 23.05.26 um 14 Uhr am Magdeburger Hauptbahnhof eine Kundgebung für demokratische Strukturen an Hochschulen und Universitäten.

Aufgrund dieser realen Bedrohung unserer Freund_innen in Sachsen-Anhalt dürfen wir nicht schweigen. Die Angriffe der AfD auf verfasste Studierendenschaften richten sich gegen demokratische Mitbestimmung, studentische Organisation und kritische Hochschulen insgesamt. Deshalb müssen wir uns mit den Studierendenvertretungen in Sachsen-Anhalt solidarisieren und ihren Protest gegen den Versuch, demokratische Strukturen an Hochschulen abzubauen, unterstützen.

Zusätzlich zur solidarischen Positionierung ist es notwendig, konkrete Unterstützungsstrukturen aufzubauen. Die Angriffe auf die Studierendenvertretungen in Sachsen-Anhalt betreffen nicht nur einzelne Hochschulen, sondern die verfasste Studierendenschaft als demokratische Institution insgesamt. Deshalb sollte die Reaktion der Studierendenschaft der Universität Potsdam möglichst breit getragen werden.

Die Einbindung der VeFa, des AStA, des StuPa, von Hochschulgruppen und weiteren interessierten Studierenden ermöglicht eine gemeinsame, koordinierte und sichtbare Unterstützung. Eine Arbeitsgruppe kann dazu beitragen, Informationen zu bündeln, Unterstützungsmaßnahmen zu entwickeln, öffentliche Aufmerksamkeit herzustellen und die Vernetzung mit den betroffenen Studierendenvertretungen in Sachsen-Anhalt zu stärken.

Gerade weil die AfD ihre Pläne offen als Vorhaben für eine mögliche Regierungsübernahme nach der Landtagswahl 2026 formuliert, braucht es frühzeitige, solidarische und öffentlich wahrnehmbare Gegenwehr. Die

Studierendenschaft der Universität Potsdam sollte daher nicht nur symbolisch Stellung beziehen, sondern auch aktiv dazu beitragen, demokratische studentische Selbstverwaltung zu verteidigen.

Finanzielle Auswirkung für die Studierendenschaft

Keine.